Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 43. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Montag, den 21 Februar 1927**

Einkommen und Volkskraft.

Mit einem heiteren, einem nassen Auge erfährt man durch die jetzt veröffentlichten Zahlen des Reichsfinanzministeriums, daß das deutsche Volkseinkommen auf über 40 Milliarden zu schätzen ist. Das ist eine Zahl, die wir vor dem Kriege nach Ansicht unterrichteter Nationalökonomen überschritten hatten, und wenn wir im Jahre 1925 42 Milliarden Mark als Volk verdienten, so bedeutet das leider, daß das Volkseinkommen von heute beträchtlich geringer ist als damals, weil die Mark jetzt weniger „Wert" hat als vor dem Kriege, wir also für die Mark weniger kaufen können als damals.

Aber es ist ein Zeichen innerer Gesundung, daß unser Volkseinkommen diese Summe von 40 Milliarden Mark wieder überschritten hat. Man ziehe einmal zum Vergleich heran, was dieses Einkommen zahlenmäßig bedeutet gegenüber dem, was wir in der Inflationszeit „verdient" haben. Jetzt erst, in der Zeit der stabil gewordenen Währung, können wir feststellen, welche ungeheuren Verluste wir damals erlitten haben, als wir verschleuderten, was wir erzeugten. Im Jahre 1925 gab es rund vier Millionen persönliche Steuerzahler, die ein Gesamteinkommen von 12,5 Milliarden Mark hatten; dazu kamen 36 700 Steuerzahler „nicht physischen Rechts", also Aktiengesellschaften, Körperschaften usw., die ein Jahreseinkommen von 1723 Millionen versteuert haben. Nun ist ein großer Teil des Lohneinkommens bekanntlich steuerfrei und man kann wohl damit rechnen, daß dieses steuerfreie Einkommen mehr als das Doppelte beträgt von dem, was versteuert werden muß. Und so gelangt man zu der Zahl von ungefähr 40 Milliarden.

Der Vergleich mit der Vorkriegszeit ist nicht ohne Interesse. Heute beträgt das durchschnittliche Einkommen in Preußen rund 3300 Mark, während vor dem Kriege in Preußen ein Durchschnittseinkommen von 1221 Mark errechnet werden konnte. Zweierlei steht dabei fest. Die Wegsteuerung von Einkommensanteilen ist sehr viel größer geworden und es sind außerdem weit mehr Steuerzahler vorhanden als damals. Auch die Zahl jener, die über ein Vermögen von mehr als 10 000 Mark verfügen, ist gegenüber der Vorkriegszeit ganz erheblich gesunken. Während es damals über 2½ Millionen gab, die mehr als 10 000 Mark besaßen, ist jetzt diese Zahl um gerade eine Million gesunken, und das Vermögen, das sie haben, bleibt um über 100 Millionen Mark zurück hinter dem Gesamtreinvermögen der Großbesitzer von damals. Am 31. Dezember 1913 hatten wir in Deutschland 15 547 Millionäre, zehn Jahre später aber nur noch 4000. Heute gibt es nur noch 54 Personen in Deutschland, die über ein Vermögen von mehr als zehn Millionen verfügen, 1913 aber zählten wir deren 367.

Leider geht aus der Statistik aber noch hervor, daß der alte Spruch: „Handwerk hat einen goldenen Boden" in wirtschaftlicher Beziehung nicht mehr zutrifft, weil die Jahreseinkünfte aus Gewerbebetrieb beträchtlich unter dem Gesamtdurchschnitt liegen. Und daraus entspringt eine zweite bedauerliche Zeiterscheinung. Das ist der rapide Geburtenrückgang, der in Deutschland festgestellt werden muß. So ganz unrecht hat der Malthusianismus nicht, jene Lehre, die die Geburtenhäufigkeit in engsten Zusammenhang mit dem Einkommen der verschiedenen Volksklassen bringt. Gewiß ist eine derartige Lehre keineswegs unbedingt richtig, weil wir schon vor dem Kriege die Erscheinung verzeichnen mußten, daß die Geburtenhäufigkeit leider in den sozial und wirtschaftlich gehobenen Klassen weit geringer war als in den wirtschaftlich schlecht gestellten. Nun aber ist in Deutschland die Geburtenziffer stark gesunken, viel schneller, als das sogar in Frankreich der Fall ist. Dieses Land hat ja seine Bevölkerungsziffer nur dadurch erhalten können, daß es in ganz unbeschränkter Weise Fremde aufnahm und naturalisierte. Nun ist es in Deutschland gerade der sogenannte Mittelstand, bei dem dieses Sinken der Geburtenziffer zu verzeichnen ist, nicht zuletzt bei den Beamten und Angestellten. Um ein Volk zu mehren, ist es notwendig, daß einer Ehe mindestens drei Kinder entspringen. Aber leider wird diese Kinderzahl gerade im Mittelstand häufig nicht erreicht. Noch sind wir nicht soweit, daß wie in Frankreich ein größerer Kindersegen weitgehende finanzielle Unterstützung durch den Staat erfährt, aber es ist zu erwägen, ob nicht die Tatsache des Geburtenrückganges sich bei der Besteuerung auswirken muß, also höhere Kinderzahl eine stärkere steuerliche Berücksichtigung zu erfahren hat.

Der ewige Jungbrunnen unseres Volkes ist das Land. Dort wird erfreulicherweise auch heute noch das Kind nicht als Belastung, sondern als eine Freude und ein Zuwachs betrachtet. Auch hieraus ergeben sich für den Staat dringende Pflichten. Es gilt, diesen Jungbrunnen zu verbreitern, ihn stärker fließen zu lassen durch die Gewährung von Siedlungsmöglichkeiten. Es ist eine bekannte Tatsache, daß in der Großstadt die Familie mit der dritten Generation gewöhnlich erloschen ist, und wenn wir in Deutschland nicht auf den Weg gezwungen werden, den Frankreich nun schon seit einem halben Jahrhundert geht und der ein tatsächliches Erlöschen der Volkskraft bedeutet, so müssen wir dafür sorgen, daß die Quelle der Erneuerung unseres Volkstums breiter und reicher sprudelt.

Politischer Generalstreik in Schanghai.

Gegen die Entsendung englischer Truppen.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund hat in Schanghai den Generalstreik ausgerufen, um seiner Forderung der Räumung Schanghais durch die Truppen Suntschuanfangs und durch die britischen Truppen Nachdruck zu verleihen. Alle Angestellten der Post, der Straßenbahnen und der Omnibuslinien in der französischen Konzession legten die Arbeit nieder. Die Zahl der Streikenden beträgt 40 000. Nach der „Chicago Tribune" liegen gegenwärtig in und vor Schanghai folgende Kontingente ausländischer Truppen: 5000 englische Soldaten, Matrosen und Marine-Infanterie; davon sind 4000 bereits gelandet; 1100 amerikanische Matrosen und Marine-Infanterie, verteilt längs der Küste bzw. auf den im Hafen von Schanghai liegenden amerikanischen Schiffen; 800 französische Matrosen und Marine-Infanterie, teils gelandet, teils an Bord eines im Hafen liegenden französischen Kreuzers. Über die Anzahl der japanischen Truppen wird in der Meldung keine Angabe gemacht.

In einer Sitzung des Hauptverbandes chinesischer Studenten in Berlin erklärte der chinesische Geschäftsträger, daß eine Entsendung britischer Truppen zum Schutz britischen Eigentums und Lebens unnötig sei, da dieser Schutz chinesischerseits ausgeübt werden könne. Die Entsendung der Truppen beweise daher, daß England weitere Ziele verfolge, und zwar die gewaltsame Aufrechterhaltung der alten für China untragbaren Verträge. China werde das Recht, seine Angelegenheiten selbst zu ordnen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen.

•

Niederlage des Generals Suntschuangfang.

Die letzten Meldungen der Chinesischen Nachrichtenagentur besagen: Die Armee des Generals Suntschuangfang ist vernichtend geschlagen und die Stadt Hangtschau von den Südtruppen besetzt worden. Die geschlagene Armee des Generals Suntschuangfang zieht sich nach Nanking zurück. Eine Bestätigung dieser Nachricht ist auch aus Hankau eingegangen.

In Schanghai stehen jetzt 250 000 Arbeiter im Generalstreik. Die Streikenden fordern u. a. Räumung der Stadt sowohl durch die britischen Truppen als auch durch die Truppen des Generals Suntschuangfang. Die Lage in Schanghai wird als so ernst betrachtet, daß neben der regulären auch freiwillige Polizei mobilisiert wurde. Britische Posten sind an allen wichtigen Plätzen in der Umgebung der Stadt aufgestellt worden. Auch die Franzosen stehen in ihren Quartieren in Bereitschaft.

Schadenfreude der Franzosen.

Die französische Presse freut sich, daß die Engländer in China in eine kritische Lage gekommen sind. Die nationalistische „Liberté" schreibt ganz richtig, daß die Chinesen auch früher nicht weniger fremdenfeindlich gewesen seien als jetzt und die Europäer sich nur mit Waffengewalt Zutritt in China verschaffen konnten. Die Taipings und die Boxer seien die Vorgänger der Kantonleute gewesen. Der große Unterschied zwischen der damaligen und der jetzigen Zeit sei ein dreifacher: seinerzeit sei Europa einig gewesen, und europäische Truppen kämpften unter dem deutschen Feldmarschall Waldersee, um die belagerten fremden Gesandtschaften zu befreien. Diese Einigkeit bestehe nicht mehr. Auch gab es damals in Peking noch eine verantwortliche Regierung, die jetzt in China nicht mehr bestehe, und vor allem seien die chinesischen Armeen modern ausgerüstet. Es bestehe nur die Hoffnung, daß die Chinesen ihren Fremdenhaß auch auf die Russen ausdehnen.

•

20 Agitatoren der Südpartei geköpft.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 21. Februar. Die Morgenblätter melden aus Schanghai: Die Lage in Schanghai hat sich gestern außerordentlich verschärft. Die chinesische Polizei verhaftete auf Befehl Suns in der Schanghaier Chinesenstadt 20 Agitatoren der Südregierung und köpfte sie ohne Verhandlung. Die Köpfe wurden in der Chinesenstadt aufgehängt. Die Erregung der Bevölkerung läßt infolge des Vorgehens der Polizei Ausschreitungen befürchten, doch trägt die Bewegung einstweilen keinen fremdfeindlichen Charakter. Der am Sonnabend erklärte Generalstreik machte sich am Sonntag verstärkt geltend. In der Hauptstraße der internationalen Konzession gab es nachmittags Krawalle.

•

Das englisch-chinesische Abkommen unterzeichnet.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

Berlin, 21. Februar. Die Morgenblätter melden aus Hankau: Amtlich wird bekanntgegeben, daß der englische Gesandschaftsrat O. Malley und der Minister des Aeußeren der Kantonregierung Tschen gestern abend ein englisch-chinesisches Abkommen unterzeichnet haben.

•

Englische und japanische Flottenverstärkung für China.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 20. Februar. Die achte britische Zerstörerflotille ist gestern von Malta nach China abgegangen. Nach Meldungen aus Tokio sind heute ein japanischer Kreuzer und vier Zerstörer nach Schanghai ausgelaufen.

Stresemanns unpolitischer Urlaub.

Kundgebungen für den Außenminister.

Alle politischen Kombinationen, die man zunächst an Stresemanns Rivieraaufenthalt knüpfte, haben sich als gegenstandslos erwiesen, es handelt sich offenbar tatsächlich nur um einen unpolitischen Erholungsurlaub. Wie verlautet, beabsichtigt Dr. Stresemann, bis Ende dieses Monats an der Riviera zu verweilen und alsdann nach Genf zu fahren, um an der Sitzung des Völkerbundrates teilzunehmen.

Dr. Stresemanns Aufenthalt in San Remo gab Veranlassung zu mancherlei freundlichen Kundgebungen, namentlich auch von italienischer Seite, so von dort weilenden italienischen Studenten aus Genua. Die deutsche Kirchengemeinde von San Remo, verbunden mit Deutschen der benachbarten Rivieraorte, vereinigte sich in der vergangenen Woche mit dem Minister zu einem Gemeindeabend, an dem auch viele Auslandsdeutsche, Vertreter der evangelischen englischen Kirchen, sowie evangelische Italiener teilnahmen. Die außergewöhnliche Herzlichkeit, mit der die Deutschen aller Parteien den Reichsaußenminister bei dieser Gelegenheit begrüßten, zeugte von einer vorbildlichen Einheitlichkeit des dort ansässigen und dort weilenden Deutschtums, die ihren Eindruck auf die anwesenden Ausländer nicht verfehlte.

Ein Deutscher als Saarpräsident?

Rücktrittsgesuch des jetzigen Vorsitzenden Stephens.

Der bisherige Präsident der Regierungskommission des Saargebietes, der Kanadier Stephens, hat den Völkerbund gebeten, von seinem Amt zurücktreten zu dürfen, da er sich den Anstrengungen und Aufregungen seines schwierigen Amtes gesundheitlich nicht mehr gewachsen fühle. Das Bedauern über den Rücktritt Stephens ist im Saargebiet um so aufrichtiger, als die Methoden des Kanadiers einen angenehmen Gegensatz zu denjenigen des ersten Präsidenten der Regierungskommission, des Franzosen Rault, darstellten, dessen Demission seinerzeit im Saargebiet freudig begrüßt wurde.

Was die Nachfolgeschaft des zurücktretenden Präsidenten anbelangt, so ist es natürlich, daß man es im Saargebiet für selbstverständlich ansieht, daß jetzt, nachdem zuerst ein Franzose und dann ein Brite den Vorsitz der Regierungskommission innegehabt hat, nun endlich auch das dem Zentrum angehörende saarländische Mitglied der Regierungskommission, Coßmann, auf diesen Posten berufen wird.

---

150 000 Metallarbeiter ausgesperrt.

Neue Verhandlungen.

Die Vereinigung der sächsischen Metallindustriellenverbände hielt in Chemnitz eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die Metallarbeiter in Chemnitz, Zwickau, Dresden, Plauen und in dem übrigen sächsischen Industriegebiet auszusperren. Von der Aussperrung werden etwa 150 000 Arbeiter betroffen.

Das sächsische Arbeitsministerium hat die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Metallindustrie erneut zu Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage auf Montag nach Dresden eingeladen, um auf diese Weise schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens in Sachsen zu vermeiden. Das Arbeitsministerium hat sich ferner bemüht, auf die Arbeitgeber einzuwirken, daß die angedrohte Aussperrung einstweilen unterbleibt bzw. rückgängig gemacht werde. Beide Parteien haben ihr Erscheinen zu den neuen Verhandlungen zugesagt. Inzwischen ist die Aussperrung von 150 000 bis 160 000 Metallarbeitern durch die Arbeitgeber der sächsischen Metallindustrie erfolgt.

Von Arbeitgeberseite wird zu dem Konflikt in der sächsischen Metallindustrie folgendes mitgeteilt: Der Ausgangspunkt des jetzigen Kampfes ist der Streit um die Arbeitszeit in der Leipziger Metallindustrie. Im Leipziger Bezirk sind die Arbeiter in den Streik getreten, ohne den Spruch der Schlichtungsbehörde abzuwarten. Die Arbeitgeber verhängten darauf die Aussperrung, die nun auf Beschluß des Arbeitgeberverbandes der sächsischen Metallindustrie auf weitere Bezirke ausgedehnt wurde. Ein Schiedsspruch des sächsischen Landesschlichters vom 12. d. Mts. wurde von den Arbeitern abgelehnt. Der

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF